



LHG

Bayreuth
www.lhg-bayreuth.de

LHG Bayreuth | lhg-bayreuth@web.de |

LHG Bayern gegen die Umwandlung der Juristenausbildung in Bachelor-Studiengänge

Benjamin Franz
-Vorsitzender-
Mitglied des Konvents
Universität Bayreuth

stud.univ.benjamin-
franz@web.de

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die LHG Bayern spricht sich –auch auf lange Sicht- gegen die Umwandlung der Juristenausbildung vom Staatsexamen zum Bachelor/Master-System aus. Sollte eine Position bezogen werden, fordert die LHG Bayern die Landesregierung Bayerns auf, für das Staatsexamen Flagge zu bekennen.

10.09.2010

Begründung:

Mit dem jüngsten „Vorstoß“ des Landesjustizministers von Rheinland-Pfalz, Heinz Georg Bamberger (Quelle: Beck Aktuell vom 10.03.2009) ist erneut ein Politiker vorgeprescht, der eine Umwandlung der Juristenausbildung in ein Bachelor/Master-System befürwortet. Nach Herrn Mackenroth (Sachsen) und Herrn Goll (Baden-Württemberg) stößt damit schon wieder ein Rechtspolitiker ins selbe Horn.

Derartige Gedankenspiele werden jedoch von gewichtigen Stimmen außerhalb der Politik abgelehnt. So äußerte sich die Bundesrechtsanwaltskammer ebenso kritisch wie der deutsche Richterbund und die Dekane der juristischen Fakultäten Baden-Württembergs. (Quelle: Die Zeit online: <http://www.zeit.de/campus/online/2007/19/jura-studienreform?page=2>) So scheint auch die von vielen gezogene Schlussfolgerung, dass es sich um ein Kostensparmodell ohne Rücksicht auf Praxis oder Studenten handelt, nicht fernliegend.

Gerade im Punkt der freien Gestaltung des Studiums ist das Staatsexamen durch die sehr freie Zeiteinteilung dem Bachelor/Master-System überlegen. Dass dieser Vorteil durchaus beachtlich ist, zeigt nicht nur das hohe Ansehen des Anspruchs der „allgemeinen Ausbildung“. Wie sich immer mehr zeigt, führt ein Systemwechsel auch durch die starke Belastung zu einer wachsenden Zahl von Studenten die aufgrund eines permanenten Leistungsdrucks unter psychischen Problemen leiden. (Quelle: Kölner Stadtanzeiger online: <http://www.ksta.de/html/artikel/1234334884407.shtml>)

Darüber hinaus wird Studenten die Teilnahme am „universitären Leben“ wesentlich erschwert bis unmöglich. Die Abkehr vom humboldtschen Bildungsideal des freien und selbstbestimmten Individuums hin zum vollkommen auf eingebilddete oder tatsächlich bestehende wirtschaftliche Bedürfnisse hin geformten Menschen ist unserer Ansicht nach ein Irrweg. Wenn selbst die Bundesrechtsanwaltskammer der arbeitsmarktbezogenen Argumentation einzelner Minister widerspricht, deutet dies nicht darauf hin, dass diese den Markt richtig eingeschätzt haben. Dass auch die Möglichkeiten zu gesellschaftlichem oder politischem Engagement unter dem Druck straff organisierter Studienordnungen leiden, erscheint offensichtlich.

Ferner ist auch aus liberaler Sicht Studenten die größtmögliche Freiheit bei Studienplanung und Lebensgestaltung einzuräumen.